



Haushalts- und Finanzausschuss

10. Sitzung (öffentlicher Teil)*)

8. Dezember 2005

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 14:15 Uhr

Vorsitz: Anke Brunn (SPD)

Protokollerstellung: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
------------------------------------	-------

Zur heutigen Tagesordnung	1
---------------------------	---

1 Gesetz über die Veranstaltung und Durchführung von Lotterien und Auspielungen durch das Land Nordrhein-Westfalen	2
---	----------

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/570

Der Ausschuss **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss ohne Diskussion mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (*siehe Ausschussbericht Drucksache 14/891, Seite 3*) **abzulehnen**.

Anschließend **empfiehlt** er einstimmig, den **Gesetzentwurf** Drucksache 14/570 **anzunehmen**.

^{*)} Vertraulicher Teil mit TOP 11 und 12 siehe vAPr 14/3

2 **Zweites Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmengesetzes (FlüAG)** 2

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/705

Der Ausschuss **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss ohne Diskussion einstimmig, dem **Gesetzentwurf zuzustimmen**.

3 **Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zu den Haushaltsplänen des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2005) und zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004/2005 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 und zur Änderung des Gesetzes über die Finanzierung der Ersatzschulen (Ersatzschulfinanzgesetz - EFG)** 3

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 14/300 und 14/800

Vorlagen 14/129, 14/145 und 14/175

Ergebnisse der Berichterstattergespräche

Vorlagen 14/152, 14/159, 14/160, 14/161, 14/167 und 14/168

Stellungnahmen 14/5, 14/7, 14/9, 14/10 und 14/11

Ausschussprotokoll 14/78

Auswertung der öffentlichen Anhörung

Abschließende Beratung und Abstimmung zur zweiten Lesung

Der Haushaltsgesetzentwurf wird abschließend beraten. Änderungsanträge werden nicht gestellt.

Der Ausschuss **fasst** einstimmig den **Bereinigungsbeschluss** (siehe *Ausschussbericht Drucksache 14/900, Seite 5*).

In der Schlussabstimmung **empfiehlt** der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den **Gesetzentwurf** - Drucksachen 14/300 und 14/800 - **unverändert anzunehmen**.

Berichterstatterin: Ausschussvorsitzende Anke Brunn

4	Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 2. Quartal des Haushaltsjahres 2005	4
---	--	---

Antrag des Finanzministeriums
Vorlage 14/132

Nach kurzer Erörterung **empfiehlt** der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Nichtbeteiligung der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die **über- und außerplanmäßigen Ausgaben** gemäß Vorlage 14/132 **zu genehmigen**.

Berichterstatte(rin): Ausschussvorsitzende Anke Brunn

5	Allgemeine Informationen über die bestehenden Landesbetriebe im Land NRW	5
---	---	---

Bericht der Landesregierung

MDgt Dr. Volker Oerter (FM) gibt grundlegende Informationen zunächst zu den Landesbetrieben generell und dann zu jedem einzelnen nordrhein-westfälischen Landesbetrieb.	5
---	---

Anschließend ergibt sich eine kurze Aussprache, in der ergänzende Berichtswünsche geäußert werden.	14
--	----

6	Späte Einbringung des Haushaltes 2006 gefährdet soziale Einrichtungen	16
---	--	----

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/710

Nach der abschließenden Beratung **empfiehlt** der Ausschuss dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Bündnis 90/Die Grünen, den **Antrag** Drucksache 14/710 **abzulehnen**.

7 Unterrichtsausfall aus Krankheitsgründen sinnvoll bekämpfen - Konzepte brauchen mehr als 155 Zeichen 19

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/463

Auch hierzu **empfiehlt** der Ausschuss nach abschließender Beratung dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den **Antrag** Drucksache 14/463 **abzulehnen**.

8 Abbau des Überhangs von Vollstreckungen im Jugendarrestvollzug 21

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/470

In Verbindung damit:

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/534

Nach kurzer Beratung **empfiehlt** der Ausschuss dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den **Antrag** Drucksache 14/470 **anzunehmen**.

9 Einstellungszusagen für 2006 an Bewerber für den Vorbereitungsdienst verschiedener Beamtenlaufbahnen sowie Bewerber für „Ausbildungsberufe nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG)“ 23

Antrag des Finanzministeriums
Vorlage 14/179

Nach kurzer Erörterung **erteilt** der Ausschuss einstimmig seine **Einwilligung** in die Erteilung von Einstellungszusagen gemäß Vorlage 14/179.

Landtag Nordrhein-Westfalen	V	APr 14/85
Haushalts- und Finanzausschuss		08.12.2005
10. Sitzung (öffentlicher Teil)		ei-beh

Seite

10	Verschiedenes	23
	a) Kabinettsbeschluss über den Haushaltsentwurf 2006	
	- Bericht von Minister Dr. Helmut Linssen (FM)	23
	- Aussprache	28
	b) Alterseinkünftegesetz	42

Zu der Beratung von **TOP 11 - Bürgschaftsangelegenheiten** - und **TOP 12 - Klageverfahren gegen die WestLB** - beschließt der **Ausschuss** einstimmig, die Vertraulichkeit herzustellen (*siehe vAPr 14/3*).

3 Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zu den Haushaltsplänen des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2005) und zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004/2005 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 und zur Änderung des Gesetzes über die Finanzierung der Ersatzschulen (Ersatzschulfinanzgesetz - EFG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 14/300 und 14/800

Vorlagen 14/129, 14/145 und 14/175

Ergebnisse der Berichterstattegespräche
Vorlagen 14/152, 14/159, 14/160, 14/161, 14/167 und 14/168

Stellungnahmen 14/5, 14/7, 14/9, 14/10 und 14/11

Ausschussprotokoll 14/78

Auswertung der öffentlichen Anhörung

Abschließende Beratung und Abstimmung zur zweiten Lesung

Rüdiger Sagel (GRÜNE) findet es kritikwürdig, dass mit dem Entwurf des zweiten Nachtragshaushalts nur Erhöhungen vorgelegt worden seien. Etliche dieser Erhöhungen ergäben sich nicht zwingend, sondern seien politisch motiviert. Das sei auch bei der Anhörung am 24. November deutlich geworden. Seine Fraktion hätte erwartet, dass angesichts der vorgeschlagenen Erhöhungen - er nenne nur die 91 zusätzlichen Stellen - von den Koalitionsfraktionen zumindest heute Kürzungsvorschläge vorgelegt würden.

Volkmar Klein (CDU) stellt fest, der zweite Nachtragshaushaltsentwurf sei intensiv beraten worden und habe in der Anhörung viel Zustimmung erfahren. Die Tatsache, dass heute kein einziger Änderungsantrag vorliege, unterstreiche, dass dieser Nachtragshaushalt, der die tatsächliche Haushaltslage im Lande Nordrhein-Westfalen offenlege, leider alternativlos sei. Wenn der Landtag ihn in diesem Geiste beschließe und damit deutlich mache, wie wichtig es sei anzupacken, dann habe dieser zweite Nachtragshaushalt seine Funktion voll und ganz erfüllt.

Gisela Walsken (SPD) betont, die SPD-Fraktion könne dem zweiten Nachtragshaushaltsplan auch nicht annähernd zustimmen, sondern sei nach wie vor der Auffassung, dass er schwere Mängel habe und dass er unter Umständen mit der Verfassung nicht im Einklang stehe. Das Fehlen jeglicher Sparbeiträge wiege schwer, insbesondere wenn man sich die Redebeiträge der CDU-Kollegen in den letzten Haushaltsberatungen

vor Augen führe. Die SPD-Fraktion könne den zweiten Nachtragshaushaltsplan nur ablehnen.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) stellt ergänzend fest, seine Fraktion könne zwar einzelne Punkte des Nachtragshaushaltsplans, die unumgänglich seien, mittragen - nicht aber das, was die Landesregierung politisch motiviert hineingeschrieben habe und was dazu beitrage, dass die Verfassungsgrenze überschritten werde. Auch seine Fraktion lehne den Nachtragshaushaltsplan daher ab.

Der **Ausschuss** fasst einstimmig den Bereinigungsbeschluss (*siehe Ausschussbericht Drucksache 14/900, Seite 5*).

In der Schlussabstimmung empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den Gesetzentwurf - Drucksachen 14/300 und 14/800 - unverändert anzunehmen, und bestellt Ausschussvorsitzende Anke Brunn zur Berichterstatterin.

4 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 2. Quartal des Haushaltsjahres 2005

Antrag des Finanzministeriums
Vorlage 14/132

Dr. Jens Petersen (CDU) fragt zur laufenden Nummer 2 - Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung -, die ja den Umzug des Landesinstituts für Qualifizierung betreffe, der bereits im April 2005 stattgefunden habe, warum keine Budgetierung erfolgt sei beziehungsweise warum diese Position nicht mit dem ersten Nachtragshaushaltsplan 2005 erledigt worden sei.

RR Axel Köster (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) erläutert, die Zusammenlegung der beiden Standorte Soest und Solingen des Landesinstituts für Qualifizierung resultiere aus einem Kabinettsbeschluss im Jahre 2001. Der neue Standort Hagen sei aber erst im Jahre 2005 bezogen worden. Aus diesem Umzug resultierten die Umzugskostenvergütungen und Trennungsentschädigungen der Beschäftigten. Eine Budgetierung, die diese Kosten hätte auffangen können, habe es im Haushaltsjahr 2005 noch nicht gegeben; sie werde erst im nächsten Jahr eingeführt.

Auf Nachfrage von **Dr. Jens Petersen (CDU)**, warum denn die doch wohl absehbaren Aufwendungen nicht von vornherein im Etat ausgebracht worden seien, antwortet **RR Axel Köster (MAGS)**, bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2004/2005, die im Jahre 2003 erfolgt sei, sei noch nicht vorhergesehen worden, wann der Umzug tatsächlich statfinde.